

Vorarlberger auf hinteren Rängen

EU-Wahl: Chancen für Kandidaten aus Vorarlberg sind gering. Gamon ist die Ausnahme.

WIEN Der Feldkircher Nathaniel Heinitz steht kurz vor seiner Feuerprobe. So zumindest beschreibt der Sozialdemokrat seine Kandidatur bei der EU-Wahl am 26. Mai. In die Top Ten der SPÖ-Liste hat es der 30-Jährige nicht geschafft, auch kein anderer Vorarlberger findet sich unter den ersten zehn. Heinitz ist auf Rang elf gereiht. Um vorzurücken und ein EU-Mandat zu bekommen, bräuchte er eine starke Lobby. Es müssten ihm nämlich fünf Prozent aller SPÖ-Wähler eine Vorzugsstimme geben. 2014 wären das rund 34.000 gewesen. Diese Hürde hat damals nur Eugen Freund erfolgreich genommen, der ohnehin auf Platz eins gereiht war.

ÖVP hat eigene Regeln

Etwas leichter könnte es da der gebürtige Lustenauer Christian Zoll haben. Für den 25-Jährigen gilt die Fünf-Prozent-Hürde nicht; wie für keinen der ÖVP-Kandidaten. Die Volkspartei hat sich nämlich - intern und informell - ihre eigenen Regeln auferlegt. Demnach entscheiden die Vorzugsstimmen, wer ins EU-Parlament einziehen wird. Wer am meisten erhält, bekommt das erste Mandat, jener mit den zweitmeisten Vorzugsstimmen das zweite Mandat, und so weiter ... Kandidaten, die laut Wahlvorschlag Anspruch auf einen Sitz im EU-Parlament haben, diesen aber durch die ÖVP-Regeln verlieren, müssen nach Bekanntgabe des Ergebnisses ganz offiziell auf ihr Mandat verzichten. Eine Vereinbarung im Voraus ändert nichts daran: „Eine Blankounterschrift reicht rein rechtlich nicht aus. Ein Mandat muss auch nach der Wahl mitun“, sagt Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus.

Christian Zoll befindet sich auf Platz neun der ÖVP-Liste. Bei der vergangenen Wahl zogen fünf Mandatäre für die Volkspartei ins EU-Parlament. Knapp 27 Prozent hat die ÖVP 2014 erreicht, die SPÖ 24 Prozent und fünf Mandate, die FPÖ erhielt knapp 20 Prozent und vier Sitze, die Grünen kamen auf 14,5 Prozent mit drei Abgeordneten.

Die Neos schafften bei ihrem ersten Antreten acht Prozent und ein Mandat. Dieses möchte Claudia Gamon heuer verteidigen. Sie führt die Bewerberliste der Neos an, weitere Vorarlberger finden sich allerdings nicht unter den ersten zehn der Partei. Hingegen ist mit Peter



Claudia Gamon ist Neos-Spitzenkandidatin bei der EU-Wahl. Sie will mindestens das bestehende Mandat verteidigen.

Berry ein Brite auf dem Wahlvorschlag zu finden. Er möchte mit seiner Kandidatur ein Zeichen setzen. „Ich bin und bleibe Europäer“, dem Brexit zum Trotz.

Kommt es am 28. März wie geplant zum EU-Ausstieg Großbritannien, erhält Österreich ein weiteres Mandat. Statt 18 werden dann 19 österreichische Abgeordnete im EU-Parlament vertreten sein. Dieses setzt sich nach dem Brexit nicht mehr aus 751, sondern 705 Mandatären zusammen.

Einer davon wird wieder Harald Vilimsky sein. Offiziell hat die FPÖ ihren EU-Abgeordneten und Generalsekretär zwar noch nicht zum Spitzenkandidaten ernannt. Für Parteichef Heinz-Christian Stra-

ber ist und bleibt er aber die erste Wahl. Welche Kandidaten die Vorarlberger Freiheitlichen stellen, steht noch nicht fest. Die Gespräche würden laufen, sagt Landesobmann Christof Bitschi den VN. Die endgültige Entscheidung werde am 25. Februar beim Bundesparteivorstand getroffen. Eines vorweg: Aktuelle Vorarlberger Mandatäre sind für einen Platz im EU-Parlament nicht im Gespräch.

Ähnlich sieht es bei den Grünen aus. Die Vorarlbergerin und Vizeparteichefin Nina Tomaselli schließt aus zu kandidieren. Fix ist, dass Werner Kogler ins Rennen zieht. Der Bundeskongress muss dies aber noch offiziell entscheiden. Am 16. März stimmen die Grünen

über ihre Kandidaten ab. Noch diese Woche können sich Interessierte bewerben. Fest steht, dass auch zwei Vorarlberger dabei sein werden. Welche Plätze sie erhalten, ist laut Tomaselli offen.

Die Grünen erreichten bei der vergangenen Wahl ihr bundesweit bestes Ergebnis. Nach dem Debatte bei der Nationalratswahl im Jahr 2017 hoffen sie nun auf ein Comeback. Der langjährige EU-Parlamentarier und Ex-Grüne Johannes Voggenhuber macht ihnen das jedenfalls nicht leichter. Er tritt für die Liste jetzt seines früheren Weggefährten Peter Pilz an. Bis Ende März sind interessierte eingeladen, sich bei der Initiative zu melden. Dann soll die Kandidatenliste feststehen.

Viel mehr Zeit bleibt auch nicht. Am 12. April um 17 Uhr müssen alle Wahlvorschläge beim Innenministerium eingereicht werden. Je Partei liegt eine Liste auf, bei der Wahl des Europäischen Parlaments gibt es keine Landes- oder regionalen Listen, sondern nur einen Wahlkreis Österreich.



Nathaniel Heinitz ist auf Platz elf gereiht. Er bräuchte Tausende Vorzugsstimmen.



Der 25-jährige Christian Zoll startet für die ÖVP von Listenplatz neun ins Rennen.

BIRGIT ENTNER-GERHOLD, WIEN
birgit.entner-gerhold@vn.at
01 3177834

Finanzverwaltung mit mehr Aufgaben und weniger Personal

WIEN Die Finanzämter bearbeiten immer mehr Arbeitnehmerveranlagungen, auch die Zollmeldungen steigen. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Beamten. Angesichts weiterer Einsparungen beim Personal waren die SPÖ und sozialdemokratische Gewerkschaft vor einem „Ausheuern der Finanzverwaltung“. Im Finanzministerium weist man die Kritik zurück. Die gesunkenen Personalzahlen hingen einerseits mit der EU-Osterweiterung 2004 zusammen, als über 1000 Zollbeamte in den Exekutivdienst übersiedelt wurden. Andererseits werden etwa bei der Arbeitnehmerveranlagung immer mehr Schritte automatisiert und digitalisiert.

Pensionierungswelle steht bevor

Zu den Zahlen: Die Zahl der durchgeführten Steuerausgleiche steigt seit Jahren an. 2003 waren es 3,1 Mill., 2010 3,6 Mill. und 2016 mit der Einführung der antragslosen Arbeitnehmerveranlagungen rund 4,2 Mill. Anträge. 2017 waren es 5,1 Mill. Fälle. Gleichzeitig ist die Zahl der Zollanmeldungen seit 2007 von 3,9 auf 4,5 Millionen (2017) gestiegen. Auf der anderen Seite ist aber der Personalstand seit 2003 von rund 12.300 auf 9000 Vollzeitäquivalente gesunken, und es steht eine Pensionierungswelle bevor. Nach Angaben des Ministeriums werden bis 2028 über 5000 der derzeit rund 11.000 Bediensteten in Pension gehen. Gleichzeitig hat die Regierung für die nächsten Jahre einen Aufnahmestopp verordnet: ab 2020 soll nur mehr jede dritte Stelle nachbesetzt werden.

Vorgesehen ist auch, die 40 Finanzämter zu einem Finanzamt Österreich zusammenzulegen. Derzeit neun Zollämter werden ebenfalls zu einem Zollamt zusammengelegt.

FRAGE DES TAGES

Ebnen der Bundestrojaner den Weg in eine Überwachungsgesellschaft?

Ja	76 %
Nein	24 %

659 Teilnehmer

HEUTIGE FRAGE Brauchen Zoll- und Finanzämter mehr Personal?

Antwortmöglichkeiten bis 19 Uhr auf fragestages.vol.at

Regierung verschärft Strafen

Einigung über Katalog zur Strafrechtsreform. Neos für ganzheitliche Lösung.

WIEN Die Regierung will die Strafen bei Gewaltverbrechen verschärfen. Am Mittwoch beschließt der Ministerrat einen Katalog mit 50 Maßnahmen. Für die erste Jahreshälfte ist ein konkretes Gesetzespaket angepeilt. Unter anderem soll die Mindeststrafe für Vergewaltigungen angehoben werden. Sie soll von einem Jahr auf zwei Jahre steigen. Zudem wird bei Vergewaltigung laut Regierung keine gänzlich bedingte Strafnachsicht mehr möglich sein. Das heißt, ein Verurteilter muss jedenfalls einen Teil der Freiheitsstrafe tatsächlich „absitzen“.

Eine Verschärfung plant die Regierung auch beim Stalking-Paragrafen („Beharrliche Verfolgung“). Hier ist eine Erweiterung der Tat-

bestände um die „Veröffentlichung von Tatsachen oder Bildaufnahmen des höchstpersönlichen Lebensbereiches einer Person ohne deren Zustimmung“ geplant.

Strengere Regeln soll es auch bei fortgesetzter Gewaltausübung geben. Wenn der Täter Gewalt gegen Unmündige oder Wehrlose länger als ein Jahr ausübt, drohen ein bis zehn Jahre Haft, bisher waren es



Staatsekretärin Edtstadler leitete die Taskforce zur Strafrechtsreform.

sechs Monate bis fünf Jahre. Erhöhungen der Höchststrafen für Wiederholungstäter sind ebenfalls im Paket enthalten. Bei rechtskräftigen Verurteilungen wegen Straftaten gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung einer minderjährigen oder wehrlosen Person wird zudem ein lebenslanges Verbot der Tätigkeit mit diesen Personen ausgesprochen.

Wenig überzeugt ist Neos-Justizsprecherin Irgard Griss von den Regierungsplänen. Strengere Strafen allein seien zu wenig. Es müsse auch dem erhöhten Personalbedarf in der Justiz Rechnung getragen werden. Eine Koordinationsstelle für Gewaltschutz sei nötig, ebenso die Stärkung der Täterarbeit, verpflichtende Anti-Gewalttrainings für Gefährdete sowie die Schaffung von Gewaltambulanz für betroffene Frauen und Männer. Es brauche Gewaltschutz, bevor es zum Übergriff komme.

KARIKATUR

Ein Apfel für ein Ei vorgemacht!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT